

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1925**

104 (3.3.1925) Abendausgabe



anmaßt, zu dem der Vertrag von Versailles ihm nirgends eine Handhabe bietet. Ganz untragbar aber ist die Kontrolle der Vorschriften und Ausbildung für den Krieg. Der Vertrag von Versailles schreibt uns nur Stärken und Bewaffnung des Reichsheeres vor, über Dienstvorschriften und Ausbildung enthält er kein Wort. Das Recht zu ihrer Prüfung und somit zu einem Eingreifen in den inneren Dienstbetrieb der Truppe ist bisher weder von der I.M.A. noch von der Völkervereinigung beansprucht. Bedinglich die uns über die Presse des Auslandes hat an ihnen bisweilen Kritik zu üben für nötig befunden. Um so erbaulicher ist es, wenn jetzt der Völkervereinigung eine derartige Auffassung zu eigen macht. Aufschreiend führt er auf einer nicht zutreffenden Auslegung des Artikels 160 des Vertrages von Versailles, der besagt, daß das deutsche Heer nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt ist. Damit ist aber keineswegs zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland das Recht zur Selbstverteidigung grundsätzlich genommen sein soll. Ein solches Verlangen wäre so ungeheuerlich, daß es selbst den Verfassern des Vertrages von Versailles nicht in den Sinn gekommen ist und daß selbst ein Deutschland wahrhaftig nicht allzu wohlgeleiteter Politiker, wie Tardieu, in der französischen Kammer erklärt hat, man habe Deutschland das Recht auf Selbstverteidigung belassen müssen, weil sonst der Vertrag den Bestanden Deutschlands hätte garantieren müssen. Wird aber Deutschland das Recht zur Selbstverteidigung zugestanden, nun gut, so muß es auch die dazu benötigten Truppen im Rahmen des Versailles-Vertrages nach eigenem Ermessen ausbilden dürfen.

Aber nicht nur zwischen Weiser und Ober, dem Lande, wo die Masse der „gefährdeten“ Reichswehr haben, sondern auch in den sogenannten entmilitarisierten Zonen, die im Westen am Rhein und wenn es nach Frankreichs Wünschen geht, im Osten an der Weichsel und im Süden an den Euphrat und an den benachbarten Alpen das böse Deutschland von den „friedfertigen“ Nachbarn trennen werden. Obwohl auch hierzu der Vertrag in keinem einzigen Punkt ein Recht gibt. Denn im Artikel 13 des Vertrages hat sich Deutschland lediglich zur Duldung einer Unternehmung durch den Rat des Völkerbundes verpflichtet, die Durchführung aller der Bestimmungen verpflichtet, die sich auf Landwehr, Seemacht und Luftmacht beziehen. Diese Bestimmungen enthalten nichts über die entmilitarisierte Zone. Ueber sie bringt Teil III, Abschnitt 3 des Vertrages die nötigen Angaben. Er enthält aber keine Stelle von einer händigen Kontrolle. Vielmehr erklärt er im Artikel 14, daß Verstöße Deutschlands gegen die Vorschriften über die alliierte Zone als eine feindselige Handlung gegen die Signatarstaaten des Vertrages und als Verstoß gegen die Bestimmungen des Vertrages anzusehen sei.

Also Kontrolle über Kontrolle. Kontrolle ohne Ende, ob mit oder ohne Völkervereinigung. Wollen wir abwarten und ruhig die Hände in den Schoß legen? Mit nichts. Freilich, es würde uns nichts nützen, wenn wir allein auf unser gutes Recht pochen würden, wenn wir es im Vertrag von Versailles besprochen haben. Papiere Proteste des Schwachen gelten wenig in der Welt des Starken. Wir haben eine bessere Waffe: Seien wir uns klar, der Völkervereinigung hat ohne Deutschland auf die Dauer keinen Sinn. Er braucht uns, wenn er wirklich Lebenskraft erhalten soll, zum mindesten ebenso nötig, wie wir ihn. Werken wir uns ihm also nicht blindlings und bedingungslos in die Arme, wie es die Passivisten und Schwärmer so heiß und innig wünschen und raten. Reichen wir ihm vielmehr erst dann die Hand, wenn wir die Gewissheit haben, daß wir als vollberechtigte Mitglieder anerkannt werden. Dazu gehört, daß wir uns nicht Unterwürdigkeiten zu unterwerfen haben, die mit unserer nationalen und militärischen Ehre und Würde nicht zu vereinigen sind.

### Die Richtlinien der britischen Außenpolitik

Eine Geheim-Denkschrift Chamberlains.

WTB, Paris, 3. März.

Der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ meldet, ein Geheimdokument, das die Grundzüge der englischen Politik angeht, sei vor kurzem bei den Mitgliedern des Kabinetts, bei den Botschaftern und anderen hohen Beamten durch Staatssekretär Chamberlain in Umlauf gesetzt worden. Zum ersten Male seit zehn Jahren sei eine solche Denkschrift, die die großen Richtlinien britischer Außenpolitik aufzeigt, veröffentlicht worden.

Die Denkschrift hebt alle wesentlichen Faktoren hervor, die für die Sicherheit Großbritanniens notwendig erachtet werden. Alle übrigen Ausführungen sind nur sekundärer Art. Chamberlain sagt, die Lage in Europa sei unsicher und voll von unvorhersehbaren Gefahren. Die einzige Möglichkeit britischer Politik sei die, auf die britischen Interessen Rücksicht zu nehmen und mitzuwirken, den Völkervereinigung in Zukunft zu einem Instrument im Dienst des internationalen Friedens auszubauen. Es sei klar, daß die von manchen Köpfen geäußerte

Politik der Isolation nicht mehr zeitgemäß sei. Die Luftschiffahrt habe eine solche Entwicklung genommen, daß der Kanal kein Hindernis mehr darstelle und in militärischer Hinsicht bedeutungslos sei. Es sei deshalb von größter Wichtigkeit, zu verhindern, daß irgend eine Macht des Kontinents die Kontrolle über die ganze Ärmelkanal-Route erhalte. Wenn Deutschland in Belgien oder Frankreich einfallen werde eine Lage geschaffen, in der Großbritannien einem Luftangriff ausgesetzt sei. Deshalb sei es von Bedeutung, Frankreich und Belgien gegen die Möglichkeit eines solchen Ereignisses Garantien zu geben. Eine Politik der Isolation hinsichtlich europäischer Angelegenheiten zu treiben, sei berechtigt vom Standpunkt Amerikas aus.

Die Lage von Frankreich und Belgien müsse allein vom Standpunkt der Sicherheit Großbritanniens betrachtet werden.

Aber alles, was in dieser Hinsicht geschehe, müsse in aller Deutlichkeit klar sein; denn gerade dadurch, daß vor dem Krieg die französisch-britischen Abkommen geheim gehalten worden seien, sei Deutschland zum Krieg ermunelt worden. Als Großbritannien und Amerika sich geweigert hätten, den Sicherheitspakt zu ratifizieren, hätten sie eine unsichere Lage in Europa geschaffen, und Frankreich zu einer Politik abenteuerlicher Unternehmungen gezwungen. Anstatt daß Frankreich fähig gewesen wäre, seine ganze Kraft auf den wirtschaftlichen Aufbau zu konzentrieren, die ihm erlaubt haben würde, seine Schulden zu bezahlen, sei es gezwungen gewesen Europa in ein Waffenlager umzuorganisieren, um dem Geist der Revolution in Deutschland entgegenzutreten, gegen den es sich allein geschickt glaubte durch den temporären Ausweg der Besetzung der Rheinlande.

Um in Deutschland den Revanchegedanken zum Erlöschen zu bringen, müsse mit ihm auf dem Fuße der Gleichheit verhandelt werden.

Es müsse zu einem tätigen Mitglied des Völkerverbundes werden. Das könne nicht geschehen, ohne den Willen eines pazifistischen Frankreichs. Um aber in Frankreich diesen Willen hervorzurufen, sei es richtig, ihm Garantien zu geben, daß sein Gebiet unverletzt bleiben werde. Aber Großbritannien würde nur ein bestimmtes umgrenztes Garantieverprechen abgeben, das es um jeden Preis zu halten in der Lage sei, anstatt vager allgemeiner Versprechungen, die nur Unheil stiften könnten. Wenn Westeuropa pazifi-

ziert sei, dann müsse in gleicher Weise in späterer Zeit eine gleiche Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Deutschen und den Polen geschaffen werden.

Der Schluß der Denkschrift ist Sowjetrußland gewidmet. Die Sicherheit Europas könne nicht den Augenblick abwarten, wo Rußland seine politischen Ansichten offenbaren werde. Deshalb müsse England alle Vorbereitungen dafür treffen, an der Seite Frankreichs zu stehen, um den holprigen Weg nach dem Frieden und dem Wohlstand zu finden.

### Schlußbericht und Gutachten vor der Völkervereinigung

Die Verschleppungstaktik der Alliierten.

TU, Paris, 3. März.

Der Völkervereinigung tritt heute 10 Uhr vormittags zur Prüfung der Denkschrift des Interalliierten Militärkomitees zusammen. Der Sitzung wird Marshall Hoch beizumohnen, der höchstwahrscheinlich persönlich die Schlußfolgerungen seines Gutachtens entwickeln wird. Der Völkervereinigung liegt der Generalbericht und das in gedrängter Kürze die wichtigsten Feststellungen des Generalberichts wiedergebende Gutachten vor. Marshall Hoch hatte gestern vormittag eine lange Unterredung mit Herriot, dem er ein Exemplar des Gutachtens überreichte.

Die Morgenblätter rechnen bestimmt damit, daß es die Völkervereinigung im Verlaufe ihrer heutigen Sitzung zunächst einmal dabei bewenden lassen wird, von dem interalliierten Militärkomitee weitere ergänzende Auskünfte zu erbitten und sich dann vertagt. Die militärischen Sachverständigen, so sagt der „Matin“, hätten sich streng an den Rahmen ihrer Befugnisse gehalten und nicht dem Völkervereinigung vorgreifen wollen. Aus der geordneten Anordnung des Berichts und der logischen Aufeinanderfolge der einzelnen darin aufgeführten Tatsachen ergebe sich jedoch ein genaues Bild der militärischen Reorganisation (!) des Deutschen Reichs. Der 16 Seiten umfassende Bericht enthält zahlreiche Photographien und stellt fest,

mit welcher Schnelligkeit General von Seeckt die militärische Ausbildung Deutschlands betrieben habe. (!)

Noch der „Daily Mail“ lautet der Schlußsatz des Gutachtens:

„Es ist festzustellen, daß Deutschland seine Polizeireiträfte nicht zu Polizeizwecken, sondern als aufgeschickte und ausgerüstete Armee bei dem ersten Anlaß verwenden wird.“

Ein Teil der Morgenpresse deutet an, daß die Völkervereinigung für den Augenblick aus verschiedenen Gründen eine Entscheidung zu vertagen wünsche. Inzwischen sei der Gang der Ereignisse klar vorgezeichnet. Es werde Ende des Monats höchstwahrscheinlich in Brüssel eine interalliierte Konferenz einberufen werden. Es werde vonseiten der Alliierten in der Pole an Deutschland keine ausdrückliche Einladung ergehen, aber ein deutsches Gesuch um nachträgliche Zulassung werde nicht abgelehnt werden. Der zögernden Haltung der alliierten Mächte liegt nach dem „Echo de Paris“ offenbar der Wunsch zugrunde, das Problem der deutschen Abrüstung und das damit zusammenhängende Problem der Räumung Kölns zu lösen, wenn eine Verständigung in der französischen Sicherheitsfrage herbeigeführt ist.

### Die belgischen Neuwahlen.

WTB, Paris, 28. Febr. Die aus Brüssel gemeldet wird, wird die belgische Kammer am 7. März aufgelöst werden. Die Neuwahlen werden am 5. April vorgenommen werden. Das neue Parlament werde am 28. April zusammentreten.

### Die Auslandskredite für Länder und Gemeinden

WTB, Berlin, 28. Febr.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindefürsorgeverbände vom 20. Januar 1925 (Reichsgesetzblatt I Seite 7) läuft mit dem heutigen Tage ab. Ein Gesetzentwurf wesentlichen Inhalts hat mit Zustimmung des Reichsrats bereits dem Reichstag vorgelegen. Er wurde dem Haushaltsausschuß zur Beratung überwiesen. Wegen Vertagung des Reichstages konnte er vor Ablauf des Monats Februar nicht mehr verabschiedet werden. Er wird jedoch voraussichtlich in den ersten Tagen des März seine Erledigung finden. Um die Lücke zwischen dem Ablauf der Verordnung und dem Inkrafttreten des Gesetzes zu schließen, dürfte dem Gesetz rückwirkende Kraft bis 1. März 1925 beigelegt werden.

### Deutsches Reich

#### Die Wohnungszwangswirtschaft.

TU, Berlin, 1. März. Die Tagung der preussischen Grund- und Hausbesitzervereine ging heute nachmittag zu Ende. In seinem Schlußwort stellte der Vorsitzende, Abgeordneter Landendorff, fest, daß die Unzufriedenheit schon auf der Erkenntnis der Notwendigkeit der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft gekommen seien. Je schneller die Beseitigung, je besser für die Hausbesitzer, die Mieter und die Allgemeinheit. Die Wirtschaftspolitik werde sich weder von links noch von rechts beeinflussen lassen. Auf einen Zufall erwiderte Landendorff, daß von einer Bspaltung keine Rede sein könne. Die Versammlung brühte ihrem Führer Landendorff und allen Vertretern der Partei im Parlament ihr Vertrauen aus.

#### Schlägerei zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten.

TU, AStN, 2. März. In einer hier abgehaltenen Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in der der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hering, sprach, kam es zu einer wüsten Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Angehörigen des kommunistischen Roten Frontkämpferbundes, wobei etwa 100 Menschen in einem Anfall mit Stühlen und Stöcken aufeinander losgingen, so daß die Versammlung nicht eröffnet werden konnte. Von der Galerie wurden Stühle hinuntergeworfen. Drei Angehörige des Reichsbanners wurden durch Verstoß aus dem Saal gestraft; teilweise hatten sie Messerstücke bekommen. Die Zahl der verletzten Kommunisten ist wesentlich höher, konnte jedoch nicht festgestellt werden, da die Kommunisten ihre Leute mit sich nahmen. Der Polizei gelang es schließlich, den Saal freizumachen, so daß die Versammlung eröffnet werden konnte.

#### Neue Mitglieder des Staatsgerichtshofes.

TU, Berlin, 3. März. Beim Staatsgerichtshof zum Ehube der Republik sind Reichsgerichtsrat a. D. Waenner, Fabrikbesitzer Behl-Weitzig, Rechtsanwalt von Krauß-Stuttgart und Gewerbeaufsichtsratspräsident Dr. Engler-Karlsruhe zu stellvertretenden Mitgliedern ernannt worden, während Regierungsrat a. D. Fezer-Elmangen zum ordentlichen Mitglied aufgeführt und dem bisherigen ordentlichen Mitglied, Staatspräsident a. D. Blas-Stuttgart die erbundene Entlassung erteilt worden ist. — Beim Reichsgericht ist Reichsgerichtsrat Friedrich Degg zum Senatspräsidenten ernannt worden.

#### Eröffnung der Hygiene-Ausstellung in Berlin.

WTB, Berlin, 28. Februar. Heute vormittag wurde hier die Allgemeine deutsche Hygienemesse und Ausstellung eröffnet.

### Im Fluge durch Amerika.

Von Rudolf Lothar. Bei den Mormonen.

Am Nachmittag traf ich den jungen Herrn Smith wieder. (Smith ist der häufigste und zugleich heiligste Name im Mormonenreich, denn der Begründer der Sekte hieß auch Smith). Wir saßen in der schönen marmornen Halle des Hotels Utah und dieser prunkvolle, großstädtische Raum, vom lustigen Trubel der Reisenden erfüllt, fand im sonderbaren Gegenlicht zu den Erzählungen meines erhabenen Besuchers. Es gibt wenig Abenteuerromane, die so spannend und aufregend sind wie die Geschichte der Heiligen vom jüngsten Tage. Der Gründer der Sekte war Joseph Smith, geboren 1805; seine Eltern und Vorfahren waren Arbeiter. Ich habe das Bild dieses Smith in vielen Häusern von Salt Lake City gesehen: ein Werber-Kopf mit weichen Linien, mit tiefer Schwärmeri in den Augen. Smith verkehrte viel mit Christus, der ihm wiederholt erschien, und mit einem Engel, der Moroni hieß. Moroni war es auch, der ihm schließlich die Mission übertrug, die Kirche der Heiligen vom jüngsten Tag zu gründen. Dieser Engel sagte ihm eines Tages, daß die wahre Geschichte der amerikanischen Urbevölkerung auf goldene Platten gegraben, in einem Hügel verborgen liege. Neben diesen Platten lagen auch die heiligen Steine Urim und Thummim, die vom Bruchstück des Hohenpriesters aus dem Tempel Salomons stammten. Den heiligen Platten zufolge kamen die ersten Wanderer einige hundert Jahre vor Christi Geburt nach der neuen Welt. Ihr Führer hieß Lehi und war ein reicher und bedenkender Mann, der zurzeit Bedekias in Jerusalem wohnte und ungefähr 600 vor Chr. Palästina verließ. Er landete nach abenteuerlicher Seefahrt mit der Schar seiner Genossen irgendwo an der Küste von Chile. Die Einwanderer wurden sehr

stark und mächtig, und infolgedessen stolz und übermütig. Sie zersieten in zwei Parteien, die in bitterer Feindschaft miteinander lebten. Der Führer der einen Partei war Nephi, der jüngste und begabteste Sohn Lehis, und seine Leute hießen die Nephtiten. Die andere Partei wurde von Laman geführt, dem ältesten und brutalsten Sohne Lehis, und diese Leute hießen die Lamaniten. Die Nephtiten bauten Städte, entwickelten eine hohe Kultur und zogen nach Norden. Sie erreichten den Orinoco, den Amazonas und den Magdalena-Strom. Sie überbrannten den Titimius von Panama, eroberten Mexiko und das Tal des Mississippi. Aber die Lamaniten folgten ihnen auf dem Fuße und zerstörten die schönen Werke der Nephtiten. Ungefähr 400 Jahre v. Chr. wurden die Nephtiten in einer entscheidenden Schlacht vollkommen geschlagen und gingen restlos zugrunde. Die Lamaniten, die nun das Land überfluteten und beherrschten, waren aber so kulturfeindlich, daß sogar die Kunst des Schreibens verloren ging. Sie lebten von Jagd und Pflünderung und dieses Volk war es, das Columbus entdeckte und Indianer nannte. So wären denn die Indianer nach der mormonischen Lehre nichts anderes als ein Rest von Stammes Juda. Die roten Juden der neuen Welt.

Die Chronik, die in den goldenen Tafeln niedergelegt war, stammte zum größten Teil von dem Nephtitenfeldherrn und Propheten Mormon. Daher heißt die Chronik „Das Buch Mormons“. Und daher kommt das Wort Mormonen. Nach Mormons Tod lebte sein Sohn Moroni die Chronik fort, die er auch beendet hat. Das ist derselbe Moroni, der später in seiner seligen Gestalt als Engel dem Smith erschienen ist. Das Denkmal Moronis schmückt den obersten Turm des Heiligtums. Die erste Ausgabe des Buches erschien 1830. Wie es in Wirklichkeit entstand, war sein Verfasser ist es sei denn, daß man den Bericht als Wahrheit gläubig hinnimmt, ist bis heute nicht einwandfrei konstatiert worden. Am 6. April 1830 wurde von sechs Gläubigen die „Kirche der

Heiligen des jüngsten Tages“ gegründet. Das heilige Buch der Kirche ist aber nicht die Chronik der amerikanischen Urgeschichte, sondern die Bibel. Allerdings in anderer als der gewöhnlichen Auslegung. Smith glaubte, und alle Mormonen glauben es bis auf den heutigen Tag, daß Gottvater ebenso wie sein Sohn äußerlich ganz dem Menschen gleich. Denn die Menschen stammen vom Himmel ab. In seiner Religion der Erde ist die persönliche Erscheinung Gottes dem Menschen so nahe gerückt wie in der Lehre der Mormonen. Und vielleicht war es dieser Umlaut, der den Mormonen einen so großen Zutrom sicherte. Aus England, Skandinavien und Deutschland kamen die meisten Neophyten, Schwärmer für die neue Lehre, die sehr einfach und doch so kompliziert ist. Auch für den geringsten Intellekt fahbar in den Grundzügen, und dabei doch voller Mystik, und voller oft sehr dunkler theosophischer Lehren. Die ersten Mormonen waren typische Pioniere, eine abenteuerlustige, ziemlich rohe und ungebildete Gesellschaft. Aber es waren tüchtige Arbeiter, erfüllt von einem Fanatismus der Entschlossenheit. Den Mormonen sind alle Laster verboten, inf. Kaffee, Tee und Tabak. Noch heute erlauben gläubige Mormonen ihren Frauen und Töchtern nicht den geringsten Ausschmuck am Hals und nicht die kleinste Verfürgung der Aermel. Die Nüchternheit, der Fleiß, die handwerkliche Tüchtigkeit der Mormonen hat sie offenbar in den ersten Siedelungen unbefriedigt gemacht, denn sie waren eine starke Konkurrenz für die anderen Bewohner der Städte, in denen sie sich festsetzten. Sie waren auch billiger, denn das Geld kostete sie nicht. Joseph Smith wünschte, daß jeder nur das Lebensminimum für sich behalten sollte. Die übrige Hülfe der Kirche anheim. Die ersten Siedler der Mormonengeschichte trieben von Blut. Sie wurden aus allen Niederlassungen verjagt, überall lehnten sich die Einwohner gegen die Sekte auf. Ein Mormonenmassaker folgte dem andern. Und so zogen sie von Bezirk zu Bezirk. Sie wurden aus Missouri vertrieben, aus Jackson County und aus Illinois. Joseph

Smith, der Gründer, Prophet und Führer, wurde vom erregten Mob erschlagen, sein Tod hat ihm die Märtyrerkrone aufs Haupt gesetzt. An Stelle von Smith trat nun Brigham Young an die Spitze der Mormonen. Und wie Moses durch die Wüste, zog er mit seinem Volk durch Amerika von Westen nach Osten, bis sie in das Gebiet des Salzsees kamen, das trostlos in seiner funkelnden Oede vor ihnen lag. Hier wollen wir Hütten bauen“ sagte Brigham Young. Und das Wunder geschah: durch kunstvolle und geduldige Irrigation wurde aus der Steppe ein blühender Garten. Und heute ist Salt Lake City eine der schönsten und blühendsten Städte der Union in fruchtbarster, üppigster Landschaft gelegen.

Der Aufschwung Utahs ist fabelhaft. Hier ist wirklich Neu-Kanaan. Utah erzeugt nicht nur Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte, es bringt auch Silber, Kupfer und Gold hervor, die Industrie ist in machtvollstem Aufblühen, der Reichtum fließt durch die Stadt wie das symbolische Bädlein durch die Straße. Heute freilich gibt es in Salt Lake City mehr Gentile als Mormonen (Gentile heißen die Nicht-Mormonen). Früher gab es kaum eine Möglichkeit des Verkehrs zwischen Gentilen und Mormonen. Heute fangen sie sogar an, untereinander zu heiraten. Mein junger mormonischer Freund war zwar von der Zukunft des mormonischen Utah überzeugt, aber ich sprach mit diesen Gentilen, die bezüglich der Zukunft sehr skeptisch sind. Vor allem dem wegen, weil der heutige Mormone unter dem Druck der Kultur nicht mehr strikte die Lehren der Väter befolgen kann. Er sträubt sich, sein Privatigentum zugunsten der Kirche aufzugeben, und wenn auch diese Abgabe die Form von Zehnten angenommen hat, so laßt sie doch schwer auf ihm. Das wahre Mormonentum war eine Lehre für kleine Leute, nicht für die Großindustrie. Und Salt Lake City ist heute eine Prunkstadt der Großindustrie. Aber wenn auch hier das Mormonentum zurückgeht, in der Welt schreitet es fort. Es gibt außer den er

# Der Hagenschieß-Prozess.

## 2. Verhandlungstag.

B. Karlsruhe, 3. März.

Amtsgerichtsdirektor Dr. Kurzmann eröffnet die Sitzung kurz nach 8 Uhr. Als Zeugen sind heute geladen: Steinhauer Anritzer, Landwirtschaftsinspektor Selg, Oberbürgermeister a. D. Siegrist, Landwirtschaftskammerdirektor Dr. Müller, Ministerialrat Ulrich, Fabrikdirektor Heinrich. Zunächst wird die Denkschrift der Direktion vom 3. März 1920 über die Rentabilität der Siedlungsbank verlesen. Darin empfiehlt die Direktion die Verwertung des Holzes im eigenen Sägewerk. Sie rechnet dabei für den Staat mit einer Mehreinnahme von 20 bis 34 Mill. Mk.

Während der Verlesung der Denkschrift erhebt der Angeklagte Württemberg mit 1/2 stündiger Verspätung im Saal. Vorsitzender: Wenn Sie noch einmal zu spät kommen, werde ich Sie nachts hier einsperren lassen!

Die Geschäftsführer Abele und Wetterer weisen ferner in der Denkschrift auf die volkswirtschaftlichen Vorteile des Siedlungsunternehmens hin, die mehr wert seien, als Geld. Es handle sich um ein gemeinnütziges Kulturwerk, das Baden noch fehle.

Der Vorsitzende richtet an den Zeugen Wetterer die Frage, wie er zu dieser optimistischen Auffassung der Lage der Siedlungsbank gekommen sei, obwohl die prekäre Situation des Unternehmens im März 1920 bereits feststand.

Wetterer: Wir konnten die schlechte Konjunktur, die auf dem Holzmarkt eintrat, nicht voraussehen.

Vorsitzender: Warum haben Sie nicht Sachverständige zu Rate gezogen? Sie haben trotz der schlechten Lage der Bank fortgesetzt Waren und Maschinen von Honnef und anderen bezogen.

Wetterer: Wir sind immer noch im Geld gekommen, bis die Holzpreise eintraf. Hätten wir ein größeres Kapital gehabt, dann hätten wir durchgehalten können. Als ich ausstieg, war die Liquidierung des Unternehmens nicht ablosbar notwendig. Ich habe mit meinen Plänen bei allen Parteiführern des Landtags Zustimmung gefunden; nur der Abgeordnete Behnter hat Bedenken dagegen geäußert, daß man Wälder abholzt, statt die Ländereien für Siedlungszwecke ins Auge zu fassen. Der Abg. Odenwald hatte keine prinzipiellen Bedenken, er bedauerte nur, daß der schöne Hagenschießwald dem Unternehmen zum Opfer fallen sollte und trat für die Anheftung eines tüchtigen Direktors ein.

Auf Befragen erklärt Zeuge Wetterer über die Vorbereitungen im November 1919: Wir haben Verbindungen angeknüpft mit der Reichsverwertungsstelle wegen Beschaffung von Kantinen, Küchen und Baracken aus den Heeresbeständen.

Vorsitzender: Hat dabei Honnef auch mitgeholfen? Ist überhaupt etwas passiert, ohne daß Honnef die Hand im Spiel hatte?

Wetterer: Honnef wurde sehr oft zu Rate gezogen. Seine Eigenmächtigkeiten haben mich im Laufe der Zeit immer mehr aufgeregt und im August 1920 zu einem nervösen Zusammenbruch geführt, so daß ich um meine Entlassung nachsuchte. Erst während meiner Krankheit wurden mir die Zusammenhänge klar und ich fühlte, daß man mich draußen haben wollte, weil ich gegen das Treiben Honnefs aufgetreten bin.

Vorsitzender: Wie kommt es, daß Sie noch im Mai 1920 dem Minister Rüdert ein Darlehen für die Torfverwertungs-gesellschaft in Höhe von 1 bis 1 1/2 Mill. Mk. prinzipiell zugesagt haben, obwohl die Siedlungsbank gar nicht mehr in der Lage war, ein Darlehen zu gewähren und dies auch nicht zu ihren Aufgaben gehörte?

Wetterer: So schlecht war damals die Lage der Bank noch nicht.

Vorsitzender: Hielten Sie die Anschaffung eines Autos für notwendig?

Wetterer: Ja. Unter den heutigen Verhältnissen hätte ich mich wohl auch mit einem Motorrad begnügt. Den Ankauf des Starischen Sägewerks habe ich für die beste Lösung der Frage gehalten, wie die Holzbestände zu verwerten sind. Die Entschuldigungen der maßgebenden Stellen gingen meist sehr langsam vor sich. Wir mußten sehr häufig wie Briefträger zwischen den einzelnen Ministerien hin- und herlaufen.

Angeklagter Abele bestätigt dies und bemerkt: Die Sache war nach meiner Ansicht nicht schlecht, wenn ein tüchtiger Mann, wie z. B. der spätere Arbeitsminister Engler, sich des Unternehmens angenommen hätte, wäre uns sicher ein Erfolg beschieden gewesen.

Rechtsanwalt Dr. Albrecht richtet an den Zeugen Wetterer die Frage, warum er im Dezember 1919 brieflich Honnef den Auftrag erteilt habe, Baumaterialien, Maschinen und dergleichen zu kaufen, so viel er nur könne.

Wetterer: Wir brauchten das Material. Angeklagter Honnef vermahnt sich dagegen, daß man ihm fortwährend vorwerfe, er habe sich unbesorgt in Dinge eingemischt, von denen er nichts verstehe. Er habe in den Herren Schwarz vom Baubüro, Deter und Stad von der Siedlungsbank Sachverständige fürs Sägewerk zur Verfügung gehabt.

Wetterer: Ich habe Honnef selbst als Fachmann auch in dieser Sache angesehen.

Angeklagter Deter bestätigt, daß sein Bauleiter Schwarz, ein Sachverständiger für Sägewerke, die technische Bearbeitung des Projektes beorgte. Schwierigkeiten ergaben sich nur von Seiten der privaten Holzindustrie, die der Siedlungsbank nicht einmal ein kleines Sägewerk gönnten. Wetterer trat für die Errichtung eines großen Sägewerks ein. (Der Antrag des Verteidigers Dr. Haas, den Bauleiter Schwarz als Zeugen zu laden, gegen den sich der Staatsanwalt ausspricht, wird vom Gericht als unerheblich abgelehnt.)

Angeklagter Honnef ist im Aufsichtsrat für den Ausbau des Starischen Sägewerks eingetreten, weil man eine bestimmte Tagesleistung erzielen wollte. Daneben befand noch die Absicht, neben dem Starischen Sägewerk noch ein neues zu errichten.

Nach einer kurzen Frühstückspause werden die Aufsichtsratsmitglieder Ministerialrat Ulrich und Oberbürgermeister a. D. Siegrist als Zeugen vernommen.

### Ministerialrat Ulrich

war früher bei der Domänenverwaltung (jetzt beim Finanzministerium) und wurde am 13. Juni 1919 in den Aufsichtsrat der Siedlungsbank berufen. In der ersten Aufsichtsratsitzung wurden Abele und Wetterer als Geschäftsführer bestellt. In der zweiten Sitzung legte Abele ein Arbeitsprogramm zur Beschäftigung Arbeitsloser vor. Die Siedlungsprojekte waren im Finanzministerium schon vorher bekannt, man konnte sich aber dafür nicht begeistern. Schließlich entschied man sich für das Hagenschießprojekt, weil dieses für die Landwirtschaft weniger schädlich war als das Hardwaldprojekt. Wegen des Hagenschießunternehmens setzte im Januar 1920 der Widerstand der privaten Holzindustriellen ein. Von den Sägewerksbesitzern der Forstheimer Gegend wurden verschiedene Bedenken gegen das forstliche Unternehmen geäußert, die das Finanzministerium besonders interessierten. Von Seiten des Arbeitsministeriums wurden aber diese Bedenken zerstreut unter Hinweis auf den gemeinnützigen Charakter des Unternehmens, worauf wir uns zufrieden gaben. Das Staatsministerium gab darauf seine Zustimmung zum Vertrag, ebenso im März 1920, mit einigen Vorbehalten, auch der badische Landtag.

Vorsitzender: Wie kommt es, daß trotzdem schon im November mit dem Abholzen begonnen wurde?

Zeuge: Das ist wohl auf den Ansturm der privaten Sägewerksbesitzer zurückzuführen. Be-

denken bestanden an maßgebender Stelle nicht mehr, nachdem gegen den Vertrag von keiner Seite prinzipielle Vorstellungen erhoben worden waren. Die Krise in der Siedlungsbank ist in erster Linie auf den Preissturz auf dem Holzmarkt zurückzuführen. In der Sitzung des Aufsichtsrats vom 15. Juli 1920 richtete Oberbürgermeister a. D. Siegrist scharfe Angriffe gegen Dr. Kampffmeyer und beantragte, eine Untersuchung gegen die Geschäftsführung einzuleiten. Das Protokoll dieser Sitzung wird verlesen. Es wird darin Dr. Kampffmeyer Pflichtverletzung und schwere Gefährdung der Interessen der Bank vorgeworfen, weil er es unterlassen hat, dem Aufsichtsrat von den schweren Verstößen der Geschäftsführung Kenntnis zu geben.

Der Zeuge fährt fort: In der Sitzung wurden die Geschäftsführer beauftragt, bis auf weiteres jede geschäftliche Transaktion zu unterlassen. Dem Direktor Abele wurde die Stellung auf 1. Oktober gekündigt. Ein Bericht des Sachverständigen Ruf über die Lage der Bank war nicht ungenügend, D. B. Siegrist äußerte aber Bedenken dagegen. Bauart Wäfler habe die Vorhersage Honnefs nicht ungenügend beurteilt. Daß iraten Zahlungsschwierigkeiten ein, weil das Holz nicht veräußert war. Wir haben deshalb beim Reichsminister eine Ausführungs-Laubnis für 4-6000 Hektar Holz erwirkt und auf die Verminderung der Ausgaben gedrungen. Nachdem im Spätherbst 1920 der Landtag zu der Angelegenheit Stellung genommen und Rüdert als Arbeitsminister zurückgetreten war, übernahm im Frühjahr 1921 das Finanzministerium die Liquidation, die von Direktor Heinrich durchgeführt wurde. Sie war nicht mehr anzuhalten, da die Siedlungsbank kein Geld mehr hatte und der Staat für weitere Mittel nicht mehr aufkommen wollte. Die Abwicklung ist noch nicht erledigt, es schweben noch mehrere Prozesse gegen Abele und Honnef.

### Eine 2 Millionen-Forderung des Staates

ist noch nicht getilgt. Das Hagenschießgelände wurde vom Staat zum Verkaufspreis zurückgenommen. Ein Teil ist zur Aufforstung bestimmt, ein erheblicher Teil, ca. 150 Hektar werden mit gutem Erfolg landwirtschaftlich genutzt. Das Aktienkapital ist vollständig verloren.

Auf Befragen des H. A. Dr. Albrecht bestätigt der Zeuge, daß Dr. Kampffmeyer im Auftrag des Arbeitsministers Rüdert beim Aufsichtsrat beantragt habe, Baumaterialien in großen Mengen zu beschaffen. Der Antrag wurde vom Aufsichtsrat abgelehnt und lediglich beschlossen, daß die Siedlungsbankgesellschaft der Bauoffenheit beitrete. Der Zeuge erklärt weiter, daß auch ihm der Widerspruch zwischen den Anmerkungen des Ministers Rüdert im landständischen Ausschuss und im Landtag aufgefallen sei. Im landständischen Ausschuss sagte Rüdert, daß ihm von großen Verstößen der Geschäftsführer der Siedlungsbank nichts bekannt sei, im Landtag dagegen sagte Rüdert, daß ihm die Direktoren allmählich Bericht erhalten müßten.

### Oberbürgermeister a. D. Siegrist

gibt als Zeuge nähere Auskunft über die oben erwähnte Aufsichtsratsitzung vom 15. Juli 1920. In der Dr. Kampffmeyer zum Rücktritt aufgefordert, Wetterer entlassen und Abele gekündigt wurde. Es ergab sich, daß die finanzielle Lage der Bank sehr kritisch war. Ich beantragte daher die sofortige Liquidation und übernahm auf Drängen des Aufsichtsrats die Geschäftsführung vorbehaltlich der Zustimmung der Regierung, bis ein neuer Geschäftsführer

gefunden wurde. Die Liquidation war, wie der Zeuge zur Berichtigung unserer Ausführungen im „Tagblatt“ feststellt, noch nicht beschlossen, es trat nur eine faktische Liquidation ein. Wir waren bemüht, die Ausgaben zu verringern und den Konkurs zu vermeiden.

Der Landtag stellte schließlich einen Kredit von 300 000 M zur Verfügung, der es ermöglichte, das Unternehmen allmählich abzubauen. Im Sommer 1921 wurde ich auf meine Bitte von meiner Tätigkeit entbunden. Die Mannheimer Treuhändergesellschaft schätzte später die gesamten Aktiva auf 10, die Passiva auf 17 Millionen Mark. Es war zweifellos ein Leichtsin, daß man so ungeheure Ausgaben machte, ohne rechtzeitig für Deckung zu sorgen. Die Abkündigung der Holzvorräte ging sehr langsam voran. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß nach seiner Ansicht von Anfang an unwirtschaftlich und unzweckmäßig verfahren wurde.

### Es herrschte eine Art Größenwahn

bei der explosiven Art, wie die Maschinen und Materialien angeschafft wurden. So z. B. wurde eine Drehmaschine angeschafft, so lange der Wald noch stand, die nachher nicht bezahlt werden konnte. Bei den Büromöbeln waren einige luxuriöse Sachen dabei, z. B. Wälschschränkchen, die unliebsames Aufsehen erregten. Sehr teuer war insbesondere die Telephonanlage, deren Preis später durch Veranlassung reduziert wurde.

Es wird festgestellt, daß die Denkschrift Honnefs vom Dezember 1919 dem Aufsichtsrat vorgelegt wurde und daß diese das allgemeine Programm Honnefs antageheißt hat.

Um 12.40 Uhr tritt eine Pause von 20 Minuten ein.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

## Steuererleichterungen für die Notgebiete.

Zur abschließenden Regelung der in den Notgebieten einstweilen gestundeten oder nicht erhobenen Steuern u. d. nach dem 31. Dezember 1924 fällig werdenden Steuern wird nunmehr in einem Erlass des Reichsfinanzministers u. a. bestimmt:

**Einkommensteuer:** Die Vorauszahlungsrate der am 15. November fällig gewordenen Steuern bleibt weiterhin gestundet. Die Vorauszahlungen für das erste und zweite Kalendervierteljahr im Februar und Mai 1925 wird ebenfalls gestundet. Die Stundung wird auch Landwirten außerhalb der Notgebieten dann gestundet, wenn die Ernte zu mehr als 50 Prozent ausgefallen ist. Die Stundung bedeutet keine endgültige Steuerfreiheit, die Entziehung hängt vielmehr von der Feststellung des Einkommens bei der in der zweiten Hälfte 1925 erfolgenden Veranlagung ab.

**Vermögenssteuer:** Die am 15. November 1925 fällig gewordenen letzte Rate wird erlassen. Die am 15. Februar 1925 fällig gewordenen erste Rate für 1925 muß grundsätzlich bezahlt werden. Doch können Teilzahlungen auf Antrag gebildet werden.

**Versteuerer:** Die bisherige Regelung bleibt bestehen.

**Rentenbankzinsen:** Die gewährten Stundungen bleiben bis auf weiteres aufrechterhalten. In dem Erlass wird noch darauf hingewiesen, daß entgegen einer großen Anzahl von Anträgen weitere Gebiete nicht mehr als Notstandsgebiete erklärt werden können.

**KAFFEE HAG FÜR JUNGE MÜTTER! ES GIBT EINEN GRUND DAFÜR.**

Tempeln in Utah einen in Alberta, einen auf Hawaii, einen in Arizona und einer ist in Independence (Missouri) im Bau begriffen.

Aber man mag über das Mormonentum denken wie man will, Brigham Young war eines der größten Genies, das das 19. Jahrhundert in Amerika hervorgebracht hat. Denn er war es, der Kraft seines Willens, Kraft seiner ungeheuren Energie aus einer Salz-wüste einen Garten Eden machte, der aus einem kleinen, kulturlosen, aus aller Herren Länder zusammengekauften Häufchen von Abenteurern ein hochentwickeltes Staatswesen schuf. Und dabei war dieser Brigham Young eine un-liebenswürdige, rauhe und harte Persönlichkeit, der alles fehlte, was einen Menschen angenehm und anziehend macht. Aber trotzdem zählt er zu den ganz großen Persönlichkeiten, die wie Moses Kraft haben, aus dem Felsen mit dem Stabe Wasser zu schlagen. An den Ufern des Salzsees schlug Brigham Young mit seinem Stabe die Kultur aus der dünnen Erde.

## Aus den Tiefen der Erde.

### Die Erdwärme als Energiequelle.

(Von unserem wissenschaftlichen W.-Mitarbeiter.) Während noch bis vor einigen Jahrzehnten die Wissenschaft über das Innere der Erde nur äußerst ungenaue Angaben zu machen wußte, ist man neuerdings durch besondere Methoden zu bestimmten Erkenntnissen gelangt. Daß die Temperatur nach dem Erdinnern alle 30-40 Meter um einen Wärme-grad zunimmt, war schon lange allgemein bekannt, und man berechnete daraufhin, daß bei gleichbleibendem Ansteigen der Temperatur in etwa 100 Kilometer Tiefe etwa 3000 Grad Celsius festzustellen wären, eine Temperatur, die alle uns bekannten Stoffe (Gestein und Metalle) in flüssigen Zustand versetzt. Die Idee der Erdkruste würde, falls man diese Temperaturzunahme als richtig annimmt,

höchstens 100 Kilometer betragen. Da der Durchmesser der Erde mit etwa 12700 Kilometer festgelegt ist, so ist das Verhältnis zwischen Erd-tiefe und Erdoberfläche 127:1. Mit anderen Worten: bei einem Globus von 127 Zentimeter Durchmesser würde die Erdkruste nur 1 Millimeter dick sein und an Stärke etwa der Schale eines Apfels gleichkommen. Wenn wir das, was unter dieser Schale sich befindet, als glühende Masse annehmen, so haben wir allen Anlaß, mit größter Begeisterung den Boden zu betrachten, auf dem wir bisher mit dem un-berehrbaren Gefühl der Sicherheit gewandelt sind.

Die tiefsten Bohrflöcher der Erde reichen etwa 2000 Meter weit hinab. Sie bedeuten bei dem bereits erwähnten Zimmertemperatur, bei dem 100 Kilometer Tiefe einen Millimeter aus-machen, die kaum sichtbare Einduchtung einer äußerst feinen Nadelspitze. Erst diese Vergleiche geben uns eine Möglichkeit, die Maße und Tiefen in ihrer eigentlichen Bedeutung zur Erd-größe zu erfassen.

Die Annahme, daß die Erdkruste nur etwa 100 Kilometer dick sei, darf übrigens mit gutem Grund beweist werden, nachdem man mit seismographischen Beobachtungsmitteln die Struktur des Erdkörners besser erkannt hat. Eine der Untersuchungsarten besteht darin, bei Erdbeben genau die Zeitunterschiede festzustellen, die zwischen dem Eintreffen der Wellen des sogenannten Vorbebens und den langen Wellen liegen. Aus den verschiedenen Geschwindigkeiten der Wellen lassen sich wert-volle Schlüsse auf die Beschaffenheit der inneren Erdflöcher ziehen.

Die moderne Geophysik, die sich mit der Unter-suchung der uns unzugänglichen Erdflöcher befaßt, bedient sich z. B. bei der Aufklärung verborgener Erz-lagerstätten des elektrischen Stroms, wobei die Leitfähigkeit der Erdflöcher durch Feststellung der Spannungs-grade an den verschiedenen Punkten festgestellt werden kann. Auf diese Weise gelingt es mit größter Sicherheit, nicht nur unbekanntes Erz-

lager aufzufinden, sondern man benutzt diese Messungsmethode, bei der die Stromstärke und die Stromrichtung willkürlich festgelegt werden können, vor allem in den Erdölgebieten.

Wie bereits gesagt, beruhen die neueren Auf-fassungen über die Zusammenfassung des Erd-innens auf den Beobachtungen der Erdbeben-stationen. Der bekannte Metallograph Pro-fessor W. Lammann in Göttingen hat be-rechnet, daß die äußere Erdflöcher eine Dicke von 1500 Kilometern besitzt und ein spezifisches Gewicht (Dichte) von 2,9 aufweist. Unter dieser Dichte liegt ein Häufchen von 1400 Kilometern Dicke (Dichte 5,6) und hierauf folgt ein Kern mit einer Dichte von 9,6. Aus den verschiedenen Dichten kann man schließen, daß der äußere Mantel der Erde aus den Silika-ten, die mittlere Schicht aus den Sulfiden schwe-erer Metalle und der Kern selbst aus Metallen besteht. Genau so wie in einem Schmelzgefäß die Schmelzen, die aus Silikaten sich zusammen-setzen, oben schwimmen, die Sulfide in der Mitte sich halten und das reine Metall auf dem Boden sich absetzt, so etwa, erklärt Pro-fessor Lammann, muß man sich auch bei un-serer Erde die allmähliche Bildung der drei Schichten vorstellen. Demgemäß ist die äußere Erdflöcher äußerlich metallarm und daher die Leichteste, da sie im wesentlichen aus Ge-steinen und Wasser besteht. Die am meisten in dieser Erdflöcher vorkommenden Metalle sind Eisen und Aluminium, während die zweite Schicht bereits sehr große Mengen Metalle erze aufweist. (Die Sulfidflöcher dürfte übrigens auch erhebliche Mengen Schwefel, Phosphor und Silicium enthalten.) Der Erdkern da-gegen wird zweifellos ungeheure Mengen von schweren Metallen, darunter vor allem Gold, Silber und Platin bergen, also jene Metalle, die in der äußeren Erdflöcher zu den großen Seltenheiten gehören und gerade darum so sehr der Gegenstand menschlicher Wünsche sind.

Nebenfalls sind im Innern unserer Erde ganz gewaltige Wärmemengen enthalten und

man hat bereits die Möglichkeiten erwogen, die Erdwärme als Energiequelle in den Dienst des Menschen zu stellen. Kürzlich ist der Plan erörtert worden, einen etwa 20 Kilo-meter tiefen und 6 Meter breiten Schacht in die Erde zu treiben, wobei man, unter der Vor-aussetzung, daß dies technisch möglich wäre, Temperaturen von etwa 400 Grad anzutreffen meint. Die technischen Schwierigkeiten, einen Schacht von 20 Kilometer Tiefe zu erbohren, liegen darin, daß man immer wieder mit Erd-einwürzen zu rechnen hat. Dr. H. Med von Geologischen Institut der Universität Berlin hat kürzlich darauf hingewiesen, daß es, um Erdwärme zu gewinnen, durchaus nicht nötig ist, solche Tiefen aufzuziehen, deren Erreichung außerdem äußerst kostspielig wäre. Er hat auf die jungen Vulkangebiete aufmerksam gemacht, bei denen die Erdwärme der Erdober-fläche viel näher liegt, wobei man allerdings am zweckmäßigsten bei den Bohrversuchen das Randgebiet des Vulkanbezirks wählen müßte, da man andernfalls mit gefährlichen Aus-brüchen zu rechnen hätte. Dr. Med weist in diesem Zusammenhang auf die Wärmequelle hin, die sich in der Nähe des schwäbischen Vulkangebiete der Alb befinden, und er erinnert daran, daß man bei dem Ort Neuf-en eine geothermische Zwischenstufe von nur 11 Meter Tiefe kennen würde, man würde dort, um eine Wärme von 300 Grad Celsius zu erreichen, nur eine Schachtiefe von 3,3 Kilometern zu erbohren brauchen, was etwa 20 Millionen Mark Kosten verursachen würde.

Die Nutzbarmachung der Erd-wärme ist ein Problem, das heute bereits von verschiedenen wissenschaftlichen Kreisen ernsthaft erwogen wird. Es genügt dem Menschen nicht, die mineralischen Schätze der Erdkruste ans Licht zu heben und zu verwerten, oder der Luft den Stickstoff zu entziehen und die Wasserkräfte der Ströme in seinen Dienst zu zwingen - er betrachtet die Erde in allem, was sie birgt, als sein Eigentum, das er nutzbar macht, damit im Verein von Natur- und Menschenkraft das Bild des Lebens immer reicher wird.

Zweite badische Tagung für alkoholfreie Jugendziehung.

Im kleinen Festsaal versammelte sich am Mittwochabend die gesunde und ernst denkende Jugend...

Der evangelische Jugendpfarrer Kappes führte zurück in die Anfänge der Jugendbewegung mit ihrer gewaltigen Wucht des inneren Gemeinmens...

Es wird abgelehnt durch den Weiberreigen von Baden und Mädchen der freireligiösen Jugend...

Alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Deutschland und Frankreich haben wohlbedachte Trinker-Gesetze...

Alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Deutschland und Frankreich haben wohlbedachte Trinker-Gesetze...

Alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Deutschland und Frankreich haben wohlbedachte Trinker-Gesetze...

Alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Deutschland und Frankreich haben wohlbedachte Trinker-Gesetze...

Alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Deutschland und Frankreich haben wohlbedachte Trinker-Gesetze...

Alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Deutschland und Frankreich haben wohlbedachte Trinker-Gesetze...

Wissenschaft, ganz besonders der Technik, einen Wert zu erwerben. Wie ist aber unsere Stellung in der wichtigen Kulturfrage des Alkoholismus?

Frau Oberregierungsrat Dr. Baum führte im wesentlichen folgendes aus: Sittlichkeit kann durch Gesetze nicht erzwingen werden...

Frau Oberregierungsrat Dr. Baum führte im wesentlichen folgendes aus: Sittlichkeit kann durch Gesetze nicht erzwingen werden...

Frau Oberregierungsrat Dr. Baum führte im wesentlichen folgendes aus: Sittlichkeit kann durch Gesetze nicht erzwingen werden...

Frau Oberregierungsrat Dr. Baum führte im wesentlichen folgendes aus: Sittlichkeit kann durch Gesetze nicht erzwingen werden...

Frau Oberregierungsrat Dr. Baum führte im wesentlichen folgendes aus: Sittlichkeit kann durch Gesetze nicht erzwingen werden...

Frau Oberregierungsrat Dr. Baum führte im wesentlichen folgendes aus: Sittlichkeit kann durch Gesetze nicht erzwingen werden...

Frau Oberregierungsrat Dr. Baum führte im wesentlichen folgendes aus: Sittlichkeit kann durch Gesetze nicht erzwingen werden...

Frau Oberregierungsrat Dr. Baum führte im wesentlichen folgendes aus: Sittlichkeit kann durch Gesetze nicht erzwingen werden...

Frau Oberregierungsrat Dr. Baum führte im wesentlichen folgendes aus: Sittlichkeit kann durch Gesetze nicht erzwingen werden...

der Sache des Alkoholverbotes ist auf die Dauer in den verschiedenen Kulturländern nur etwas zu erreichen, wenn weltwirtschaftliche Erwägungen maßgebend sind...

der Sache des Alkoholverbotes ist auf die Dauer in den verschiedenen Kulturländern nur etwas zu erreichen, wenn weltwirtschaftliche Erwägungen maßgebend sind...

der Sache des Alkoholverbotes ist auf die Dauer in den verschiedenen Kulturländern nur etwas zu erreichen, wenn weltwirtschaftliche Erwägungen maßgebend sind...

der Sache des Alkoholverbotes ist auf die Dauer in den verschiedenen Kulturländern nur etwas zu erreichen, wenn weltwirtschaftliche Erwägungen maßgebend sind...

der Sache des Alkoholverbotes ist auf die Dauer in den verschiedenen Kulturländern nur etwas zu erreichen, wenn weltwirtschaftliche Erwägungen maßgebend sind...

der Sache des Alkoholverbotes ist auf die Dauer in den verschiedenen Kulturländern nur etwas zu erreichen, wenn weltwirtschaftliche Erwägungen maßgebend sind...

der Sache des Alkoholverbotes ist auf die Dauer in den verschiedenen Kulturländern nur etwas zu erreichen, wenn weltwirtschaftliche Erwägungen maßgebend sind...

der Sache des Alkoholverbotes ist auf die Dauer in den verschiedenen Kulturländern nur etwas zu erreichen, wenn weltwirtschaftliche Erwägungen maßgebend sind...

der Sache des Alkoholverbotes ist auf die Dauer in den verschiedenen Kulturländern nur etwas zu erreichen, wenn weltwirtschaftliche Erwägungen maßgebend sind...

der Sache des Alkoholverbotes ist auf die Dauer in den verschiedenen Kulturländern nur etwas zu erreichen, wenn weltwirtschaftliche Erwägungen maßgebend sind...

dem Ministerium in Verhandlung zu treten. Durch diese gemeinsamen Verhandlungen soll erreicht werden, daß die Genehmigung dieser Veranstaltungen einheitlich vorgenommen und eine etwaige Überlastung einzelner Landesstellen und Gegenden, die zu Verkehrsstörungen führen könnte, vermieden werden kann.

Was unsere Gelehrten wissen wollen.

Streitfrage bei W. S.: Das große Ross an Heidelberg jagte, als die Dauben noch unüberläufig waren, 228 000 Liter Wein...

Abonnet 5. Die persönlichen Anforderungen aus Kaufverträgen (Rechtssachen) sind nach § 8 der dritten St. N. B. nicht nur auf 15 Prozent, sondern nach „allgemeinen Rechtsgrundsätzen“ (Treu und Glauben), also ohne gesetzliche Beschränkung auszuwerten...

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Dienstag, den 3. März 1925. 7 bzw. 8 Uhr früh.

Table with columns: Station, Wind, Stärke, Wetter. Includes stations like Karlsruhe, Stuttgart, etc.

Außerbadische Meldungen.

Table with columns: Station, Wind, Stärke, Wetter. Includes stations like Berlin, Hamburg, etc.

Das atlantische Hochdruckgebiet hat sich unter Verhärterung bis Skandinavien verlagert. Im Bereiche kalter nordöstlicher Ausströmungen herrscht in Deutschland rauhes, meist trübes Wetter...

Wetterausichten für Mittwoch, den 4. März: Fortdauer der rauhen, meist wolfigen Witterung, vereinzelt Niederschläge, besonders Südbaden (Hochschwarzwald Frost), nordöstliche Winde.

Schneebericht: Feldberg, 3. März früh: 90 Zentimeter dicker Schnee, 2 Grad Kälte. Nebel, leichter Nord-Südwind gut.

Wasserstand: 3. März. Rheinfel 0,47 m, Neckar 1,70 m, Main 3,81 m, Mosel 3,38 m, Saar 3,38 m, Rhein 2,28 m.

Die Bekämpfung und Verhinderung der Korpulenz.

Allgemein bekannt ist, daß übermäßige Körperfülle nicht nur störend auf das Wohlbefinden des Menschen wirkt, sondern auch einen Schönheitsfehler — besonders nach der Tendenz unserer Zeit — darstellt. Korpulenz entsteht die natürliche Körperform und läßt auch die Person alter erscheinen als sie ist.

äußeren Erscheinung bei bereits vorhandenem Anfaß etwas tun wollen, sollten sie nur zu einem solchen Mittel greifen, welches keine Schilddrüsen-Präparate enthält, da diese das Herz angreifen. Zu warnen ist auch vor solchen Mitteln, deren Hersteller übertriebene Erfolge garantieren, oder einen Erfolg auch ohne Einhalten einer besonderen Diät aufweisen!

Material wiedergegebenen Urteile sind dem Fabrikanten der Toluba-Kerne ohne irgendwelche Beeinträchtigung der Begünstigter freiwillig zugegangen. Kerze äußern sich beispielsweise über die Wirkung der Toluba-Kerne folgendermaßen: Sondern Sie mir bitte per Nachnahme ca. 100 Gramm Toluba-Kerne!

gen Wochen sein, denn die Erfolge sind außerordentlich. Frau H. S. in W. — Ich bitte Sie, mir fünfmal 50 Gramm Ihrer vorzüglichen Toluba-Kerne zuzusenden. Dr. S. in Bad N. — Gebrauche seit längerer Zeit Ihre Toluba-Kerne mit gutem Erfolg...



